

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 08.03.2017

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 15:00 Uhr - 19:05 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

Beschlussfähigkeit

Soll:	61	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist:	50	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Anwesenheit

Entschuldigt

Frau Dr. Heidi Becherer	SPD-Fraktion	dienstlich
Herr René Deschner	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	dienstlich
Herr Alexander Dierks	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	dienstlich
Herr Detlef Müller	SPD-Fraktion	dienstlich
Herr Toni Rotter	Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN	persönlich
Frau Ines Saborowski-Richter	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	dienstlich
Frau Susanne Schaper	Fraktion DIE LINKE	sonstiges
Frau Peggy Schellenberger	SPD-Fraktion	dienstlich
Herr Falk Ulbrich	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	persönlich

Verspätetes Erscheinen

Herr Ralph Burghart	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	16:40 Uhr; TOP 6.6; dienstlich
Herr Andreas Wolf-Kather	Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN	16:31 Uhr; TOP 6.4; dienstlich

Vorzeitiges Verlassen

Herr Lars Faßmann	Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN	18:45 Uhr; TOP 8.5; dienstlich
Herr Dr. Dieter Füsslein	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	18:55 Uhr; TOP 8.5; sonstiges
Frau Sabine Pester	Fraktion DIE LINKE	19:00 Uhr; TOP 8.6; privat
Herr Prof. Andreas Schmalfuß	fraktionslos	16:05 Uhr; TOP 6.1;
Herr Gordon Tillmann	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	19:05 Uhr; TOP 9; sonstiges
Frau Dagmar Weidauer	Fraktion DIE LINKE	18:20 Uhr; TOP 8.4; persönlich

beratend Teilnehmende

Herr Philipp Rochold	Bürgermeister Dezernat 5
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Herr Sven Schulze	Bürgermeister Dezernat 1
Herr Michael Stötzer	Bürgermeister Dezernat 6

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Elke Beer	Abteilungsleiterin Abt. 41.2
Frau Lisa Bunkowski	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Herr Ferenc Csák	Amtsleiter Amt 41
Frau Annkatrin Falk	Amtsleiterin Amt 14
Frau Beate Frech-Döring	Abteilungsleiterin Abt. 15.4
Herr Tilo Keller	Abteilungsleiter Abt. 20.2
Herr Albert Lonsdorfer	Amtsleiter Amt 30
Frau Katja Uhlemann	Amtsleiterin Amt 15
Frau Cornelia Utech	Amtsleiterin Amt 50

Fraktionsangestellte

Herr Robert Andres	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
Herr Lutz Bartel	Fraktion AFD
Herr Andreas Felber	Fraktion VOSI/PIRATEN
Herr Eduard Jenke	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Herr Stefan Kraatz	SPD-Fraktion
Herr René Mann	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Frau Anja Schale	Fraktion DIE LINKE

Schriftführerin

Frau Ramona Seidel	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
--------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Die Beschlussvorlagen B-157/2016 „Parkraumkonzept Stadtzentrum Chemnitz“ (TOP 6.13) sowie B-260/2016 „Verordnung der Stadt Chemnitz über Parkgebühren (Parkgebührenordnung) (TOP 6.14) werden nochmals vertagt, da weiterer Beratungsbedarf besteht. Beide Vorlagen werden im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss am 21.03.2017 erneut erörtert.

Die Tagesordnung wird mit diesen Änderungen festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschriften der Sitzungen des Stadtrates - öffentlich - vom 25.01.2017 und 08.02.2017
-

Es liegt keine Einwendung zu den Niederschriften vor. Die Niederschriften gelten somit als genehmigt.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert:

Aktuelle Zahlen zum Thema Asyl mit Stand 28.02.2017

Der Freistaat hat insgesamt 1.270 Asylbewerber in der Erstaufnahme untergebracht, wovon in Chemnitz 400 Asylbewerber an drei Standorten untergebracht sind. Demnächst soll der Standort Altendorfer Straße wegen Sanierungsarbeiten bis voraussichtlich Oktober 2017 freigezogen werden. Die Bewohner sollen laut Landesdirektion während der Bauzeit in den Thüringer Weg 5 ziehen. Durch die Stadt Chemnitz wurden in diesem Jahr 116 Personen neu untergebracht. Diesen Personen standen bislang 80 Abgänge gegenüber. Insgesamt lebten 2.445 Personen in kommunaler Unterbringung. Davon waren 2.079 Leistungsbezieher nach Asylbewerberleistungsgesetz.

Zum geplanten Integrationskonzept wird davon ausgegangen, dass es in diesem Jahr vorgelegt wird. Vorher wird es in jedem Fall eine Bürgerbeteiligung und eine umfassende Beratung in den Beiräten und Ausschüssen geben.

Baumaßnahmen am Technischen Rathaus und Rathaus

Die Arbeiten am Technischen Rathaus verlaufen nach Terminplan. Der Rohbau ist im Großen und Ganzen fertiggestellt. Witterungsbedingt konnten an der Außenfassade und am Dach in den ersten zwei Monaten dieses Jahres keine Arbeiten ausgeführt werden.

Ebenfalls gebaut wird am Rathaus auf dem Marktplatz. Hier erfolgt die Sanierung der Fassade, des Daches, des Treppenaufganges vom zweiten zum dritten Obergeschoss und des Ratskellers. Seit Juli 2016 wird das Dach des Neuen Rathauses eingedeckt, Bauende ist voraussichtlich im Juli 2017. Die Kosten der Baumaßnahme betragen ca. 1,3 Mio. €.

Ebenfalls seit Juli 2016 wird die Fassade am Alten Rathaus saniert, Bauende hier ist voraussichtlich Anfang August 2017. Die Arbeiten werden in zwei Bauabschnitten durchgeführt. Der erste Bauabschnitt mit der Marktseite und Klosterstraße bis zum Durchgang zur Jakobikirche ist abgeschlossen. Die Arbeiten am zweiten Bauabschnitt, die Rückseite des Alten Rathauses ab dem Durchgang, beginnen in diesem Monat. Die Kosten der Baumaßnahme betragen ebenfalls ca. 1,3 Mio. €. Die Sanierungen erfolgen in enger Abstimmung mit dem Denkmalschutz sowie unter Berücksichtigung von Veranstaltungen auf dem Markt und Neumarkt.

Zurzeit wird noch das Treppenhaus vom 2. zum 3. OG saniert. Baubeginn war Januar 2017, Bauende ist voraussichtlich April 2017. Die Kosten der Baumaßnahme betragen ca. 30.000 €

Als weitere Maßnahme müssen im Ratskeller der Brandschutz ertüchtigt und Medienleitungen sowie die Haustechnikanlagen erneuert werden. Außerdem ist es notwendig, die Hofunterkellerung zu sanieren und innenseitige Außenwände trocken zu legen. In diesem Jahr beginnen die Planungen in Abstimmung mit den am Bau Beteiligten und dem Betreiber der Gaststätte. Die Belange des Denkmalschutzes werden ebenfalls beachtet. Für die Durchführung der Bauarbeiten ist es erforderlich, den Ratskeller vorübergehend zu schließen. Mit Hinblick auf den Planungsstand und in Rücksprache mit dem Pächter werden die Baumaßnahmen frühestens im Jahr 2019 beginnen.

Stand zur Bewerbung Kulturhauptstadt Europas

Am 01.03.2017 hat sich die Lenkungsgruppe zur Steuerung der Bewerbung konstituiert. Bei den Bewerbungsvorbereitungen wird die Lenkungsgruppe zuständig sein für die strategischen Leitlinien der Bewerbung und zusammen mit dem künftigen Programmrat und beteiligten Akteuren aus allen gesellschaftlichen Bereichen der Stadt Lösungen entwickeln, die für andere Städte Europas beispielhaft sein können. In der Bewerbungsvorbereitung werden im Sinne der Bürgerbeteiligung fünf Kulturbotschafter für den Programmrat gesucht. Die Kulturbotschafter sollen Chemnitzer aller Generationen sein, die sich durch große Lust auf das Projekt auszeichnen und am Programm mitarbeiten wollen. Bewerbungen können bis 12.04.2017 an das Kulturhauptstadt-Sekretariat im Kulturbetrieb der Stadt Chemnitz eingereicht werden.

Ausblick auf städtische Veranstaltungen

Im April wird zum vierten Mal der Internationale Stefan-Heym-Preis der Stadt Chemnitz vergeben. Dieses Jahr geht der mit 20.000 Euro dotierte Literaturpreis an die polnische Autorin Joanna Bator.

Herr Bürgermeister Runkel informiert entsprechend Beschluss BA-038/2016 über Sicherheit und Ordnung in der Stadt Chemnitz:

Nachdem der Stadtordnungsdienst im Dezember hauptsächlich auf dem Weihnachtsmarkt eingesetzt war, wurden im Januar und Februar 2017 im gesamten Stadtgebiet insgesamt 2830 Streifengänge durchgeführt, wovon 774 auf den Innenstadtbereich entfielen. Hauptbrennpunkt ist derzeit der Bereich Zentralhaltestelle. Die Beobachtungen dort zeigten regelmäßig, dass ab den späten Nachmittagsstunden ein extrem hohes Personenaufkommen zu verzeichnen ist, wobei ein Großteil der Personen nicht dem öffentlichen Personennahverkehr zuzuordnen sei. In den letzten Wochen wurden die Streifen im Innenstadtbereich wieder deutlich erhöht. Festzustellen ist jedoch, dass es sich bei den bekannten Vorkommnissen ausschließlich um Straftaten handelt, welche durch die Landespolizei zu bearbeiten sind. Insbesondere geht es dabei um Körperverletzungen, Beleidigungen und Diebstähle. Überwiegend kommen die Tatverdächtigen aus der Gruppe der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Dabei korrespondiere die tatsächliche Anzahl der festgestellten Delikte nicht mit der medialen Darstellung. Aus ordnungsrechtlicher Sicht liegen kaum bußgeldbewährte Handlungen vor. Der Stadtordnungsdienst führt vor Ort Gefahrenabwehrmaßnahmen, Erstmaßnahmen bei der Bearbeitung von begangenen Straftaten bis zum Eintreffen der Landespolizei sowie Erste-Hilfe-Maßnahmen durch und zeigt Präsenz. Die Streifentätigkeit wird zu Fuß oder per Dienstfahrzeug durchgeführt. Es besteht regelmäßig Kontakt zur Operativen Einsatzgruppe der Polizeidirektion Chemnitz. Hierbei werden auch Komplexkontrollen und gemeinsame Einsätze im Innenstadtbereich durchgeführt. Ab April/Mai wird die gemeinsame Streifentätigkeit mit den Bürgerpolizisten wieder aufgenommen.

Andere Teile der Innenstadt, wie z. B. der Markt, der Neumarkt, die innere Klosterstraße und der Getreidemarkt sind erfahrungsgemäß keine auffälligen Problempunkte. Auch die bettelnde Gruppe auf der Straße der Nationen ist auf Grund der Witterungsverhältnisse derzeit kein Thema. Die Situation in und um das Tietz hat sich beruhigt. Die von der Stadtverwaltung ergriffenen Maßnahmen, wie Erhöhung des Wachsches, Einlasskontrollen, Abschließen der Toiletten und Abschalten des WLAN, haben Wirkung gezeigt. Der Austausch zwischen den involvierten Stellen funktioniert reibungslos und wird turnusmäßig sowie anlassbezogen betrieben.

In den Gemeinschaftsunterkünften ist ein Rückgang der Konflikte zu verzeichnen, somit habe sich das Sicherheitsrahmenkonzept bewährt. In Bezug auf den Umgang mit psychisch auffälligen Asylbewerbern und Flüchtlingen bemüht sich die Stadt derzeit beim Staatsministerium für Soziales um eine sachsenweite Lösung.

Bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen empfiehlt die Polizeidirektion, die Betreuung besonders in den Abendstunden und an den Wochenenden zu verstärken und den Wachschutz aufzustocken. Das Amt für Jugend und Familie und die Polizeidirektion sind im Kontakt, um dies konkret zu beleuchten und zielgerichtet zu verbessern.

Auch Kinder und Jugendliche aus dem Kinder- und Jugendnotdienst, halten sich regelmäßig in der Innenstadt auf, werden dort zu Straftaten angestiftet, begehen Straftaten aus eigener Motivation heraus und konsumieren Alkohol bzw. Betäubungsmittel teilweise im Kindesalter. Der Kinder- und Jugendnotdienst, der als Krisenstelle für kurzfristige Inobhutnahmen eingerichtet wurde, kommt regelmäßig an seine Kapazitätsgrenzen und kann eine geeignete Betreuung für straffällige Kinder und Jugendliche kaum gewährleisten. Aufgrund der stattfindenden Polizeieinsätze im Zusammenhang mit dem Kinder- und Jugendnotdienst, erfolgen regelmäßige Beratungen der Polizeidirektion mit dem Jugendamt, der Jugendgerichtshilfe und dem Betreiber, um gemeinsam zielführende Lösungsansätze zu erarbeiten. Die Mobile Jugendarbeit bezieht zunächst für ein Jahr Räume in der Bahnhofstraße und hält somit eine Streetwork- und Kontaktstelle inmitten der Innenstadt vor. Die Zusammenarbeit zwischen der mobilen Jugendarbeit und dem SOD wird fortgeführt.

Zum Thema Videoüberwachung führt er aus, dass die Möglichkeit einer offenen Videoüberwachung Gewerbetreibende zur Ausübung ihres Hausrechts, die CVAG im Rahmen ihrer Betriebssicherung sowie die Stadt zum Schutze öffentlicher Einrichtungen, Verkehrsbetriebe u. ä. auf Grundlage des Sächsischen Datenschutzgesetzes haben. Die Polizei Chemnitz kann nach den Voraussetzungen des Sächsischen Polizeigesetzes auch offen videoüberwachen. Laut Polizeidirektion haben sich Videokameras in den Bussen und Bahnen bewährt. Die Polizei befürwortet ausdrücklich im Zuge des Umbaus der Zentralhaltestelle eine Videoüberwachung im Rahmen der Betriebssicherung einzuführen. Dennoch könne Videoüberwachung nur zusätzlich zu den anderen vorgenannten abgestimmten Maßnahmen zwischen Stadt, CVAG und Polizei zur Sicherheit im öffentlichen Raum beitragen.

5 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) bedankt sich zunächst, dass die von seiner Fraktion eingebrachte Anregung der verstärkten Videoüberwachung an der Zentralhaltestelle als Bestandteil des Sicherheitskonzeptes der Stadt Chemnitz so schnell zur Umsetzung gelangt.

Zum Thema Bürgerhaushalt/Bürgerumfragen erklärt er, dass die Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP von der Stadtverwaltung einen engagierten Einsatz für die Belange der betroffenen Bürger bezüglich des unzureichenden Lärmschutzes an der B 174 erwartet und die Erarbeitung eines Plan B für den Fall, dass sich das Sächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr aus der Verantwortung zurückzieht.

Herr Stadtrat Berger (Fraktion DIE LINKE) spricht zum Chemnitzer Friedenstag am 05.03.2017 und dankt den Organisatoren und Akteuren. Er sagt, dass dieser inzwischen mehr als ein Gedenken an die Bombardierung 1945 sei und viele Chemnitzer deutlich gemacht haben, dass Krieg und Zerstörung auf der ganzen Welt ein Ende haben müssen. Wenn es in Deutschland Menschen gibt, die es als Schande sehen, sich zu erinnern, müssen die Demokraten sehr nachdrücklich erinnern, dass es ein Schande wäre sich nicht zu erinnern. Besonders die demokratischen Fraktionen im Stadtrat sind mit verantwortlich, dass im bevorstehenden Bundestagswahlkampf rechtes Gedankengut in Chemnitz keine Chance habe.

Herr Stadtrat Dr. Katzer (Fraktion AfD) stellt sachlich richtig, dass die Fraktion AfD auch demokratisch sei und stellt fest, dass sich in Deutschland die Meinung eingebürgert habe, Demokraten seien die die meiner Meinung sind.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) ist erstaunt, dass die Sicherheitslage in der Innenstadt mit fast zutreffenden Worten wieder gegeben werde. Jedoch wurde in der Vergangenheit oft genug bewiesen, dass es der Verwaltung damit nicht ernst sei, da es ansonsten die jetzige Situation an der Zentralhaltestelle nicht gebe. Zum Chemnitzer Friedenstag sagt er, dass es ihn gestört habe, was hierzu in der Stadt veranstaltet wurde, indem z. B. Freudentänze aufgeführt wurden. Er meint, dass dies nicht mit einem würdevollen Gedenken in Vereinbarung zu bringen sei.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) knüpft für ihre Fraktion an den Chemnitzer Friedenstag an. Sie führt aus, dass es ein bewegender und besonderer Tag war, an welchem das Gedenken aus der Sicht von Jugendlichen im Mittelpunkt stand. Es sei unstrittig, dass es über die Art des Gedenkens unterschiedliche Auffassungen geben könne. Es sei aber erkennbar gewesen, dass es bei den Vorträgen um das Feiern des Friedens ging und sie findet, dass dies zu einer angemessenen Gedenkkultur gerade in einer Zeit gehöre, in welcher der Frieden nicht mehr selbstverständlich sei.

6 Beschlussvorlagen

- 6.1 Beendigung des Projektes und der Lenkungsgruppe Bürgerhaushalt und Neugründung der Arbeitsgruppe Bürgerumfrage
Vorlage: B-052/2017 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Zur Vorlage wurde ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ausgereicht.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) sagt, dass es nach wie vor wünschenswert sei beim Haushalt mehr Bürgerbeteiligung zu ermöglichen und den Haushalt transparenter zu machen. Für seine Fraktion sei die Beschlussvorlage ein Konsens dessen was derzeit möglich sei. Er erinnert, dass die Lenkungsgruppe ein Modellversuch war und in den fünf Jahren des Bestehens vieles ausprobiert wurde. So waren die Schulen, Spielplätze und die freie Kunstszene Themen für den Bürgerhaushalt. Er sieht als Fazit, dass dieses Modellprojekt ein Gewinn für die Stadtgesellschaft war, jedoch der Wunsch nach noch intensiverer Einbeziehung bestehe und nicht alle Ziele umgesetzt werden konnten. Er schätzt ein, dass sich die Menschen bei Themen zum konkreten Wohnumfeld beteiligen, bei Themen zum großen Ganzen sei die Beteiligung allerdings zurückgegangen. Hierfür sehe er als Ursache, dass von Beginn an nicht wirklich ein Budget für Projekte zur Verfügung gestellt wurde. Die Vorlage sei aus seiner Sicht ein Neustart für die Bürgerbeteiligung.

Herr Stadtrat Berger (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass seine Fraktion das Projekt gern fortgesetzt hätte. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE sei der Bürgerhaushalt daran gescheitert, dass die Anliegen des Bürgerhaushalts nicht transparent vermittelt wurden, dass dieser nicht mit einem Budget ausgestattet war und der Stadtrat dieses Projekt der Verwaltung überlassen habe. Dabei könne man der Verwaltung aber auch dem Stadtrat eine gewisse Halbherzigkeit nicht absprechen. Für seine Fraktion sei die Beschlussvorlage das vorläufige Aus für das Projekt. Er fragt, warum die bisherige Lenkungsgruppe nicht mit neuen Aufgaben der Bürgerumfrage ausgestattet werden könne. Mit dem Änderungsantrag seiner Fraktion sollen die Ideen des AGENDA-Beirates in die Arbeit mit einbezogen und die Aufgabenstellung der Arbeitsgruppe klarer definiert werden. Es solle deutlich gemacht werden, dass die Bürgerbefragung auf Schwerpunkte gerichtet werden solle und aus der Arbeitsgruppe heraus ein Konzept entwickelt werde. Er macht abschließend deutlich, dass die Bürgerumfragen nur Sinn machen, wenn sich die Ergebnisse im Haushalt oder anderen Beschlüssen wiederfinden und die Bürger sich rege beteiligen.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) weist darauf hin, dass von Anfang an ein Problem des Bürgerhaushalts war, dass das Thema aus dem Stadtrat ausgelagert wurde und dass es nicht um haushaltsrelevante Fragen ging und kein Geld zur Verfügung stand. Es sei nur eine Scheinbeteiligung, wenn die Bürger nicht tatsächlich z. B. durch die Bereitstellung von Geld entscheiden können. Ihre Fraktion werde der Beendigung der Lenkungsgruppe daher zustimmen. Allerdings sei aus Sicht ihrer Fraktion mit der eingereichten Vorlage nicht die Chance für einen Neuanfang gegeben. Ihre Fraktion stellt den Antrag auf punktweise Abstimmung der Vorlage, was sie begründet. Abschließend sagt sie, dass der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE nicht der richtige Weg sei und ihre Fraktion diesen ablehnen werde.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erkennt, dass ein Budgetrecht vom Stadtrat auf Bürger hätte übertragen werden müssen, was nicht passiert sei. Es gebe gute Beispiele und Erfahrungen für Bürgerbeteiligung und betont, dass die Verwaltung und der Stadtrat nur gemeinsam etwas Neues aufbauen könnten. So könne für den nächsten Zweijahreshaushalt z. B. über Stadtteilbudgets nachgedacht werden. Sie schließt sich der Meinung an, dass es eine ehrliche Bestandsaufnahme und richtig sei, das Projekt zu beenden, um Platz für etwas Besseres zu schaffen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) führt an, dass von vornherein der Widerspruch zwischen fehlendem Budget und vorhandenen Ideen bestand. Er erinnert im Zusammenhang mit der Bürgerbeteiligung an die abgelehnte Petition zum Schwimmbad am Küchwald. Er sei gespannt, wie sich beim Parkraumkonzept mit der Meinung der Bürger auseinandergesetzt werde.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) sagt, wenn die Verwaltung die Hinweise des AGENDA-Beirates aus der vergangenen Wahlperiode zum Bürgerhaushalt beachtet hätte, bestünde jetzt nicht dieses Desaster.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) bemerkt, dass die Ortschaftsräte beispielsweise über ein eigenes Budget ebenso wie die Quartiersmanager verfügen, was sie eigenverantwortlich verwenden können. Solche Möglichkeiten sollten ausgeweitet werden.

- 6.2 Außerkräftsetzung des Stadtratsbeschlusses B-282/2015 und Änderung der Mittelverwendung zur Investpauschale Asyl
Vorlage: B-055/2017 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20/Dezernat 5/Amt 50
-

Herr Stadtrat Ziems (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) fragt Herrn Bürgermeister Stötzer, ob es schon eine Prioritätensetzung gibt, in welche Objekte die freiwerdenden Mittel fließen sollen.

Herr Bürgermeister Stötzer antwortet, dass dies bereits eruiert werde und es sich in jedem Fall um Objekte in Eigentum der Stadt Chemnitz handeln werde, die vom Sozialamt betrieben werden.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) möchte wissen, ob da auch die Reparatur von Schäden beinhaltet sind, die an Einrichtungen entstanden sind, die vorübergehend als Unterkünfte genutzt wurden, wie z. B. die Turnhalle an der Markersdorfer Straße.

Herr Bürgermeister Stötzer verneint dies und erklärt, dass es sich auf weiterhin dauerhaft genutzte Einrichtungen des Sozialamtes konzentriere.

Herr Bürgermeister Schulze ergänzt, dass die Stadt hier an die Förderrahmenbedingungen des Freistaates gebunden sei und es nicht um neue Maßnahmen gehe.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) versteht es so, dass nach der Richtlinie es nicht möglich wäre Unterkünfte wieder herzustellen, die nicht mehr als solche genutzt sind.

Dies wird von **Herr Bürgermeister Schulze** bejaht.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig fügt hinzu, dass die Sporthalle an der Markersdorfer Straße zum damaligen Zeitpunkt marode war und kaum noch als Turnhalle genutzt wurde. Nunmehr werde diese wieder als Sportstätte saniert.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) bestätigt, dass im Zweijahreshaushalt für das Jahr 2018 die grundlegende Sanierung der Sporthalle beschlossen wurde.

Beschluss B-055/2017

Der Stadtrat beschließt:

1. den Beschluss des Stadtrates B-282/2015 vom 25.11.2015 außer Kraft zu setzen;
2. die Beendigung der zwischen der Stadt Chemnitz und der Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-Gesellschaft m.b.H. abgeschlossenen „Vereinbarung über die Weiterleitung und den zweckgerechten Einsatz der Investpauschale Asyl 2015/2016“ mit Rückzahlung der auf dieser Grundlage an die Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-Gesellschaft m.b.H. ausgereichten Mittel i. H. v. 2.407.361 EUR
3. die Verwaltung zu beauftragen, den veränderten Mitteleinsatz inhaltlich und zeitlich gemeinsam mit der Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-Gesellschaft m.b.H. zu prüfen und Abstimmungen mit der Förderbehörde zu führen;

4. die außerplanmäßige Mittelbereitstellung für eigene Investitionen der Stadt Chemnitz zur Unterbringung von Asylbewerbern, zur Weiterleitung an die Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-Gesellschaft m.b.H. sowie für die Rückzahlung nicht verwendeter Fördermittel an den Freistaat Sachsen gemäß Anlage 1, Seite 2;
5. die gegenseitige Deckungsfähigkeit der investiven Auszahlungen gemäß Beschlusspunkt 4;
6. die Verwaltung zu beauftragen, im Verwaltungs- und Finanzausschuss zur Realisierung zu berichten.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 6.3 Verschmelzung der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft "Ambulante Diagnostik- und Therapiezentrum GmbH am Klinikum Chemnitz" auf die "Cc Klinik- Verwaltungsgesellschaft Chemnitz mbH" zum 01.01.2017
Vorlage: B-042/2017 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-042/2017

Der Stadtrat beschließt den Gesellschaftervertreter der Stadt Chemnitz in der Gesellschafterversammlung des Klinikums Chemnitz gGmbH zu ermächtigen, der Verschmelzung der Tochtergesellschaft „Ambulante Diagnostik- und Therapiezentrum GmbH am Klinikum Chemnitz“ auf die „Cc Klinik-Verwaltungsgesellschaft Chemnitz mbH“ zum 01.01.2017 zuzustimmen und die Geschäftsführung des Klinikums Chemnitz gGmbH zu beauftragen, alle notwendigen Beschlüsse, Verträge und Rechtshandlungen zur Umsetzung dieser Verschmelzung herbeizuführen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 6.4 Bibliotheksentwicklungskonzept der Stadt Chemnitz 2017 - 2022
Vorlage: B-002/2017 Einreicher: Dezernat 5/Amt 41
-

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) meint, dass das Konzept endlich wieder in die Zukunft der Stadtbibliothek schaut. Er erinnert, dass bereits 2011 ein entsprechendes Konzept beschlossen wurde und sagt, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Das Konzept sei Grundlage für die weitere Arbeit und es gebe viel Nachhole- und Entwicklungsbedarf, was er aufzeigt. Er stellt fest, dass die Besucher- und Entleihzahlen seit 2010 gesunken sind, was auch daran liege, dass zu wenig Geld vorhanden war, um auf das geänderte Nutzerverhalten einzugehen. Er sagt, dass mehr digitale Angebote benötigt werden und in der Ausstattung ein Investitionsstau bestehe. Demnächst werde auch ein Personalkonzept benötigt, da 56 % des Personals über 50 Jahre alt sind. Ebenso müsse über den Bücherbus neu beraten werden. Er meint abschließend, dass das Konzept insofern nachgebessert werden sollte, wie alle städtischen Bibliotheken wie z. B. auch die Bibliotheken der Museen zukünftig zusammenarbeiten. Auch müsse über die Einbindung der Uni-Bibliothek nachgedacht werden. Über die Bedeutung von Schulbibliotheken und die Einrichtung dieser solle im Kulturausschuss diskutiert werden.

Herr Stadtrat Kallscheidt (SPD-Fraktion) erklärt, dass seine Fraktion das Konzept begrüße. Er hebt das Projekt der Einrichtung des Arbeitsplatzes von Stefan Heym heraus und wünscht sich, dass aus dem Stadtrat heraus dieses bestätigt wird.

Herr Bürgermeister Rochold erklärt, warum zwischen der Beschlussfassung und der Vorlage des Konzeptes sechs Jahre liegen. So wurden zeitgleich mit der Beschlussfassung mehrere Ämter in das TIETZ integriert und daher wurde im Kulturausschuss entschieden, dass das Bibliothekskonzept erst vorgelegt werden solle, wenn es ein gemeinsames Konzept für das TIETZ gebe.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) sagt, dass es auch um die Wirtschaftlichkeit der Außenstelle gehe. Und geringe Öffnungszeit wie z. B. in Klaffenbach nicht attraktiv seien und es sinnlos sei, Räumlichkeiten dafür bereit zu halten. In diesen Fällen sollte besser der Bücherbus dorthin fahren oder die zum Umbau geplanten Mittel sollten für verlängerte Öffnungszeiten eingesetzt werden.

Beschluss B-002/2017

Der Stadtrat beschließt das Konzept zur Entwicklung der Stadtbibliothek im Kulturbetrieb der Stadt Chemnitz - „Bibliotheksentwicklungskonzept“ 2017 - 2022 gemäß Anlage 3 unter dem Vorbehalt der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

6.5 Straßenbaumkonzeption
Vorlage: B-022/2017 Einreicher: Dezernat 6/ Amt 67

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) plädiert für die Zustimmung zur Vorlage, da es bisher noch keine Regelungen für Baumpflanzungen in der Stadt gebe. Ohne jetziges Handeln drohe der massive Verlust von Großgrün an den Straßen in Chemnitz. Er betont, dass Bäume entscheidende Lebensqualität in einer Großstadt seien und eine stadtklimatische, stadtoökologische sowie stadtgestalterische Bedeutung haben. Er weist hierzu auf den Versuch, die Bäume an der Reichenhainer Allee zu erhalten, der leider scheiterte und als Beispiel auf die Initiative Kaßbergbäume hin. Es gab in den letzten Jahren hoffnungsvolle Fortschritte. Er versteht nicht, warum Großgrün nicht in die Neugestaltung von Plätzen integriert werden könne, sondern immer gefällt werden müsse und nennt als Beispiel hierfür den Campus an der Reichenhainer Straße. Er stellt fest, dass mit dem seit 2010 in Sachsen geltenden Baum-ab-Gesetz im privaten Bereich kaum noch Baumschutz bestehe und einzuzahlende Ersatzkosten für Baumfällungen den Wert nicht erreichen, der zur Pflanzung eines Straßenbaumes notwendig ist. Um das Konzept umzusetzen sei Planungs-, und Pflegeaufwand sowie eine entsprechende Koordination notwendig mit Baumaßnahmen. Er sagt, dass jährlich 500 neue gepflanzte Straßenbäume benötigt werden, andernfalls drohe die Verödung der Straßen. Er denkt, dass auch Baumpatenschaften ein Baustein der Bürgereinbeziehung sein könnten. Er fragt hierzu, wo die beschlossene Bürgerpflegekonzeption bleibe.

Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) fragt, ob es Konfliktpunkte mit der derzeitigen Bauleitplanung auf dem Kaßberg und mit der städtischen Planung im Allgemeinen gibt. Zu den Ausführungen von Herrn Herrmann, zum Fällen der Baumallee an der Reichenhainer Straße sagt er, dass dieser selbstkritisch hinterfragen solle, wie weit das eigene Abstimmungsverhalten die Voraussetzungen dafür geschaffen habe.

Herr Bürgermeister Stötzer erklärt, dass kein Widerspruch zwischen beiden Sachverhalten bestehe und es gelte den Baumbestand auf dem Kaßberg zu erhalten.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) fragt, ob nunmehr die erforderlichen Mittel in der Haushaltsplanung zu berücksichtigen sind, entsprechend dem Fazit der Vorlage, oder aber ob sie unter Haushaltsvorbehalt entsprechend des Beschlussvorschlages stehen.

Herr Bürgermeister Stötzer führt aus, dass es zu einem um den Baumerhalt geht, was auch in Zahlen dargestellt sei. Was nicht in Zahlen bewertet werden könne sind Neupflanzungen, welche mit der jeweiligen Baumaßnahme zu planen und in den Haushalt einzustellen sind.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) schlussfolgert, dass somit bei den Baumaßnahmen unter Folgekosten die Kosten für den Baum ausgewiesen werden.

Herr Bürgermeister Stötzer bestätigt, dass es grundsätzlich so sei, dass Bäume mit bewertet werden und als Folgekosten ausgewiesen werden.

Herr Stadtrat Zschocke (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) fragt im Zusammenhang mit dem Erhalt von Straßenbäumen, ob es Maßnahme gibt, die Miniermotte zu beseitigen.

Herr Bürgermeister Stötzer sagt, dass immer versucht werden müsse, Schädlingsbefällen entgegen zu wirken. Es gehe zukünftig auch darum, Baumarten auszuwählen, die nicht mehr so anfällig für Schädlinge sind und an neue klimatische Situationen angepasst werden können.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) stellt zu den Ausführungen von Herrn Stadtrat Dr. Haentjens klar, dass er zum Zeitpunkt der Abstimmung zur Reichenhainer Straße noch nicht im Stadtrat war und dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Änderungsantrag eingebracht habe, welcher abgelehnt wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig bittet, dass eine Antwort auf die Frage von Herrn Stadtrat Zschocke nachgereicht wird.

Beschluss B-022/2017

Der Stadtrat beschließt:

Die Straßenbaumkonzeption der Stadt Chemnitz entsprechend Anlage 3 der Beschlussvorlage wird bestätigt und bildet die Grundlage für das Verwaltungshandeln unter Vorbehalt der vorhandenen Haushaltsmittel.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

6.6 Parkraumkonzept Stadtzentrum Chemnitz
Vorlage: B-157/2016 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66

Die Beschlussvorlage wurde unter TOP 2 vertagt.

- 6.7 Verordnung der Stadt Chemnitz über Parkgebühren (Parkgebührenordnung)
Vorlage: B-260/2016 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
-

Die Beschlussvorlage wurde unter TOP 2 vertagt.

7 Informationsvorlagen

- 7.1 Berichterstattung über die durchgeführten Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes im Zeitraum 01.07. bis 31.12.2016
Vorlage: I-012/2017 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 14
-

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) fragt zu den Lärmschutzmaßnahmen an der B 174 ob zum Zeitpunkt der Freigabe bereits bekannt war, dass der Schallschutz falsch geplant und dimensioniert war.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 7.2 Jahresbericht 2016 zur Europaarbeit der Stadt Chemnitz
Vorlage: I-009/2017 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 7.3 Prüfungsbericht über die überörtliche Prüfung - Querschnittsprüfung im Bereich SGB XII, Eingliederungshilfe
Vorlage: I-007/2017 Einreicher: Dezernat 5/Amt 50
-

Herr Stadtrat Walter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) fragt, welche Schlussfolgerungen die Verwaltung aus den beschriebenen Defiziten in der Fortbildung gezogen habe.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 7.4 Information über die Prüfung des Kulturraumes der Stadt Chemnitz - Haushalts- und Wirtschaftsführung der Kunstsammlungen Chemnitz
Vorlage: I-014/2017 Einreicher: Dezernat 5
-

- 7.5 Pfandregale und Pfandringe in Chemnitz
Vorlage: I-017/2017 Einreicher: Dezernat 3/ASR
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8 Beschlussanträge

- 8.1 Musealer Eisenbahnstandort Chemnitz-Hilbersdorf
Vorlage: BA-065/2016 Einreicher: Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
-

Zum Beschlussantrag wurden eine Änderung des Einreichers sowie eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) verweist auf das KPMG-Gutachten, mit welchem die Erwartungshaltung an eine Entscheidung der Verwaltung geknüpft war, wie es mit dem Standort weitergehen soll, was nicht erfüllt wurde und daher dringender Handlungsbedarf bestehe. Dieser ergibt sich aus der Tatsache, dass diese Museumslandschaft in der Landesausstellung Sächsische Industriekultur verankert sei. Auch gehe es um eine Entscheidung, wie es mit dem Standort nach der Landesausstellung weiter gehen soll. Der Beschlussantrag wurde eingebracht, da von der Verwaltung nichts vorgelegt wurde. Er weist darauf hin, dass der Beschlussantrag bereits im November 2016, mit der Zielstellung im I. Quartal 2017 ein Konzept vorzulegen, eingereicht wurde. Nunmehr wird seitens der Einreicher die Terminstellung auf das IV. Quartal 2017 geändert. Er führt aus, dass der Bereich des Transports ein integraler Bestandteil der eigenen städtischen Industriegeschichte sei. Zur Stellungnahme der Verwaltung sagt er, dass es falsch sei, einen Technologiepark der Fahrzeugindustrie unterzuordnen. Perspektivisch gehöre der Museumsbereich in Hilbersdorf unter das Dach des Industriemuseums Chemnitz, was auch Wunsch der Vereine sei. Hierfür sei die Unterstützung durch die Verwaltung zwingend notwendig.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) stellt fest, dass Chemnitz eine reichhaltige Industriegeschichte habe und ein Leuchtturm dabei das Eisenbahnmuseum sei. Die Leistungsfähigkeit der Vereinsmitglieder sei aber an ihre Grenzen geraten und ein allein ehrenamtliches Engagement nicht mehr möglich. Insofern brauche es eine Zukunftsperspektive für den Standort Hilbersdorf, wozu eine intensive Debatte im Stadtrat erforderlich sei. Seine Fraktion trage das Anliegen aus dem Beschlussantrag mit. Da sich aber neue Erkenntnisse ergeben haben und auch in Hinblick auf eine neue Kulturkonzeption beantragt er die Rücküberweisung des Antrages in den Kulturausschuss.

Herr Bürgermeister Rochold erklärt, dass allein die Zweckverbandsversammlung darüber zu entscheiden habe, ob die Vereine in den Zweckverband aufgenommen werden sollen. Dazu müsse abgewogen werden, was dies für den Zweckverband aber auch für die Stadt Chemnitz bedeute. Ferner habe er bereits im Kulturausschuss darauf hingewiesen, dass die Prüfung des Sachverhalts sehr umfangreich sei und die Entscheidung des Antrages enorme Auswirkungen habe.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig ergänzt als Vorsitzende des Zweckverbandes Industriemuseum, dass nur Mitglieder eines Zweckverbandes über Mitgliedschaften im Zweckverband entscheiden können und nicht der Stadtrat. Es würde als ausdrücklich unhöflicher Akt empfunden werden, wenn die Stadt mit dem Leitmuseum einen Stadtratsbeschluss fasse, eine Eisenbahnanlage einschließlich eines Museums und eines zweiten Vereins in den Zweckverband aufzunehmen. Sie informiert, dass sondiert werde in Leipzig oder in der Lausitz Mitglieder aufzunehmen. Sie finde es richtig, dass dieses Thema in die Kulturstrategie der Stadt Chemnitz einfließe. Vor dieser Strategie solle allerdings noch kein anderweitiger Beschluss gefasst werden. Daher finde sie eine Rücküberweisung in den Kulturausschuss gut und versichert, dass dadurch keine Zeit verloren werde.

Herr Stadtrat Berger (Fraktion DIE LINKE) beantragt eine Auszeit.

Auszeit von 17:09 Uhr – 17:19 Uhr

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass seine Fraktion der Vertagung des Beschlussantrages zustimmen werde. Er kritisiert allerdings, dass der Beschlussantrag bereits seit November 2016 vorliege und erst jetzt solche Erläuterungen erfolgen.

Herr Stadtrat Berger (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass seine Fraktion der Vertagung auch zustimmen werde, aber erwarte, dass es zum Thema bald zu einer Entscheidung komme.

Abstimmung über die Zurücküberweisung in den Kulturausschuss

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (39 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen,
 3 Stimmenthaltungen) .**

8.2 Grüne Welle für Autofahrer
Vorlage: BA-001/2017 Einreicher: Fraktion AfD

Zum Beschlussantrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor.

Herr Stadtrat Dr. Katzer (Fraktion AfD) bringt den Beschlussantrag ein. Er geht auf die Stellungnahme der Verwaltung ein, nach welcher dieser Beschlussantrag nicht umzusetzen gehe, da dem Öffentlichen Personennahverkehr ein Vorrang eingeräumt werden solle. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass hier ein Kompromiss gefunden werden müsse, da ein ungestörter Durchgangsverkehr auf großen Straßen auch eine umwelttechnische Forderung sei. Er stellt fest, dass es für viele Menschen einfach notwendig sei das Auto zu nutzen und es nicht möglich sei auf ein Auto zu verzichten.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass die Umsteuerung von Verkehrspolitik lohnenswert sei und dass der ÖPNV schneller und attraktiver gemacht werden solle. Die Staus werden durch die vielen Autos verursacht und nicht durch den ÖPNV. Und tatsächlich werden Fahrradfahrer und Fußgänger im Verkehr ausgebremst.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) weist darauf hin, dass aus der Stellungnahme des AGENDA-Beirates sinnenstellt zitiert wurde. Der AGENDA-Beirat setze sich nämlich für eine Stärkung des ökologischen Verkehrsverbundes ein und dafür, dass der motorisierte Individualverkehr nicht mehr so attraktiv gestaltet werde.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) hält es bis heute für richtig, dass dem ÖPNV Vorrang eingeräumt werde.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) bestätigt, dass die Bedingungen für Fahrradfahrer nicht gut sind. Dies werde aber nicht besser, wenn Autos länger an der Ampel stehen und durch sinnlose Ampelschaltungen ausgebremst werden. Sicher sei ein Kompromiss zwischen beiden Verkehrsteilnehmern möglich. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Herr Stadtrat Dr. Katzer (Fraktion AfD) ergänzt, dass es mit dem Antrag nicht darum gehe, die Bevorrechtigung des ÖPNV abzuschaffen, diese solle beibehalten werden. Dennoch sei es nicht richtig, dass die rote Welle die Folge davon sei.

Herr Stadtrat Faßmann (Fraktionsgemeinschaft VOSI/Piraten) erklärt, dass grüne Wellen dazu führen, dass noch mehr Fahrzeuge durch die Stadt fahren, somit werde dadurch nichts erreicht, außer dass mehr Verkehr in der Stadt sei.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) bemerkt, dass die vielen LKW Staus verursachen, die immer noch durch die Stadt fahren, da der Südring nicht weiter gebaut werde.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erwidert, dass die Güter auf die Bahn gehören.

Beschluss BA-001/2017

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1) die "Reduzierung der Behinderungszeiten an Lichtsignalanlagen" zu Gunsten des ÖPNV auf den Ein- und Ausfallstraßen der Stadt zurückzunehmen, um den motorisierten Individualverkehr nicht immer mehr auszubremsen.

2) den Rückbau der Haltestellenbuchten zu stoppen und stattdessen ggf. bauliche Verlängerungen vorzunehmen, um den Bussen eine schnelle Ein- und Ausfahrt zu ermöglichen und die Barrierefreiheit zu gewährleisten.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(7 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen)**

- 8.3 Erhöhung des Anteils weiblicher Straßennamen in Chemnitz
Vorlage: BA-002/2017 Einreicher: SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
-

Zum Beschlussantrag wurden eine Stellungnahme der Verwaltung sowie je ein Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ und Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN ausgereicht.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) stellt fest, dass die Benennung von Straßen ein formaler Akt sei, dienen allerdings Personen der Namensgebung, sei dies immer mit einer Würdigung verbunden. In Chemnitz spiegle sich die Geschichte der Stadt in den Straßennamen wider. Es müsse festgestellt werden, dass der Anteil der nach Frauen benannten Straßen weitaus geringer sei, als der nach Männern benannte. Mit dem Beschlussantrag werde sich auf den Gleichstellungsaktionsplan der Stadt Chemnitz bezogen. Mit dem Beschlussantrag solle sich auf die Neubenennung von Straßen beschränkt werden. Für die Zukunft werde eine Begründung erwartet, wenn keine Benennung nach einer weiblichen Person erfolgen solle. Ein nennenswerter Mehraufwand entstehe dadurch nicht, da sowieso jeder Vorschlag zur Benennung begründet werden müsse. Zu den Änderungsanträgen verweist er auf die Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten. Abschließend räumt er ein, dass es noch andere Probleme in der Stadt zu klären gebe, jedoch die Gleichbehandlung von Frauen und Männern kein minderes Thema sei. Im Übrigen sei für die Einreicher Gleichstellung und Gleichbehandlung eine Aufgabe unabhängig des Geschlechts.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass sich auch Dank Frauen wie Katharina von Bora, Caroline Neuber oder Florence Nigtingal die Stellung der Frau in der Gesellschaft geändert habe. Von tatsächlicher und umfassender Gleichstellung in der Gesellschaft sei man jedoch noch weit entfernt. Mit dem Beschlussantrag solle ein kleiner Schritt zur Gleichstellung getan werden. Er betont, dass es mit dem Antrag nur um Neubenennung von Straßen gehe und somit kostenneutral sei. Auch verweist er darauf, dass dieses Thema nur eins von vielen sei, mit welchen sich der Stadtrat beschäftige. Zum Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN erklärt er, dass er eigentlich am Thema vorbei gehe und abgelehnt werden müsse.

Herr Stadtrat Wolf-Kather (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN) schließt sich den Ausführungen von Herrn Otto an und weist darauf hin, dass der Änderungsantrag nicht am Beschlussvorgang vorbei gehe, sondern lediglich eine Ergänzung sei. Insbesondere gehe es seiner Fraktion um den historischen Ortsbezug von Straßennamen. Da dies mit dem Beschlussantrag berücksichtigt werden solle, zieht er den Änderungsantrag zurück.

Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) gibt die Kritik von Bürgern, dass man sich mit diesem Thema nicht vorrangig im Stadtrat beschäftigen sollte, so lange andere Probleme zwingender zu klären seien, an den Stadtrat weiter. Er meint, dass überlegt werden solle, diesen Antrag zu einem späteren Zeitpunkt zu beraten.

Herr Stadtrat Dr. Katzer (Fraktion AfD) denkt, dass es für diesen Antrag keinen gesellschaftlichen Notstand gebe. Er erinnert an Zeiten zu denen es tatsächlich eine männliche Dominanz gab, heute sei jedoch eine Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen erreicht. Es gehe im gegenseitigen Umgang um Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit, aber nicht um ein Gleichsein. Er würde einer Benennung von Straßen mit weiblichen Namen nicht widersprechen, ärgert sich aber, dass dieses Thema einen derartigen Stellenwert erreiche. Für die Benennung von Straßen sollte lediglich die Rolle und Qualifikation der jeweiligen Person von Bedeutung sein.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) kann die Empörung zu diesem Thema nicht nachvollziehen und stellt fest, dass es nicht außergewöhnlich sei, dass im Stadtrat über Straßenbenennungen gesprochen werde. Mit diesem Thema gehe es um Sprache im öffentlichen Raum. Gerade weil Frauen in der Vergangenheit unter erheblich schwierigeren Bedingungen gewirkt haben, was auch heute in vielen Bereichen noch zutreffe, verdiene dies eine entsprechende Würdigung. Sie erinnert, dass der Aktionsplan zur Umsetzung der Gleichstellungscharta seit einem Jahr vorliege, in dieser Zeit Straßenbenennungen erfolgten und die Charta dabei nicht berücksichtigt wurde. Sie möchte in diesem Zusammenhang wissen, wie sich die AG Straßenbenennung aus der Geschlechterperspektive her zusammensetze.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig bestätigt, dass Frauen und Männer juristisch gleichgestellt seien. In Entscheidungsgremien und Führungspositionen jedoch seien Männer prozentual mehr vertreten. Dies zeige, dass es nicht so einfach sei, dieses Thema, welches im Gesetz festgeschrieben sei, tatsächlich auch umzusetzen. Sie betont, dass sich der Stadtrat mit vielen anderen Themen beschäftige, aber dies auch eine Entscheidung sei, welche in der weiteren Entwicklung der Stadt ihre Wirkung entfalten werde. Daher wirbt sie für diesen Antrag.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) erklärt, dass seine Fraktion entsetzt über diesen reaktionären Antrag sei. Diesem zufolge gehe es in Zukunft nicht mehr darum, was eine Person geleistet habe, sondern welches Geschlecht diese Person habe. Seine Fraktion sehe keinen Handlungsbedarf. Er stimmt zu, dass in verschiedenen Berufen verstärkt weibliche bzw. männliche Personen tätig sind, dies habe aber damit zu tun, dass Männer und Frauen zwar gleichberechtigt, aber nicht gleich seien. Er benennt Namen von Frauen aus der Geschichte, nach welchen u. a. Straßen benannt werden könnten. In Wirklichkeit spiegle der Antrag den Zerfall der Gesellschaft wider.

Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE) fragt, welcher Tag besser geeignet sei für dieses Thema als der Internationale Frauentag. Auch gäbe es in der Bevölkerung ebenso positive Kritik zur Thematik.

Frau Stadträtin Patt (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass die Diskussion sehr würdelos sei. Das Verständnis ihrer Fraktion sei von einem selbstbewussten und modernen Frauenbild geprägt. Nach ihrer persönlichen Auffassung werde keine diktierte Wertschätzung benötigt und mit diesem Antrag erfolge daher keine Wertschätzung. Sie werde deshalb den Beschlussantrag ablehnen.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(3 Ja-Stimmen, 42 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)

Beschluss BA-002/2017

Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, gemäß Gleichstellungs-Aktionsplan der Stadt Chemnitz für die Jahre 2016 – 2017, den Anteil weiblicher Straßennamen in Chemnitz zu erhöhen. Hierfür sollen bei neu zu vergebenden oder zur Umbenennung stehender Straßennamen Frauen vordringlicher beachtet werden.

Die Stadtverwaltung wird ferner aufgefordert, unter der Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit nach weiblichen Persönlichkeiten mit gesellschaftlichen Verdiensten zu suchen, die für eine spätere Straßenbenennung in Frage kommen. Die Vorschläge sind durch die AG Straßennamen vorzubereiten. Daraus resultierend ist dem Kulturausschuss zur Sitzung im August 2017 eine Vorschlagsliste vorzulegen.

Bei Beschlussvorlagen zur Neu- oder Umbenennung nicht-weiblicher Straßennamen ist in der Begründung anzuführen, weshalb keine Benennung nach einer weiblichen Persönlichkeit vorgelegt wird.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(29 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen)

- 8.4 Stärkere Beachtung von Barrierefreiheit bei Bauprojekten
Vorlage: BA-003/2017 Einreicher: Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
-

Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass es mit der Schaffung von Barrierefreiheit bei Sanierungen speziell in Schulen und Kindertagesstätten schneller voran gehen müsse als bisher. Auch wenn nicht alles sofort möglich sei, spreche sicher nichts dagegen z. B. Barrierefreiheit bereits bei der Planung einzu-beziehen, dass sie nachträglich leicht geschaffen werden könne. Sie meint, dass die Erfahrungen und Argumente der AG Barrierefreies Bauen noch intensiver ge-nutzt werden sollten und in den Architektur- und Planungsbüros gezielt Partner ge-sucht werden sollten, die diese Ziele mit umsetzen wollen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass er kein Beispiel aus Baubeschlüssen der letzten Jahre kenne, wo das Thema Barrierefrei-heit nicht geprüft wurde. Dieses Thema stehe ganz oben an. Aber seine Fraktion sei dagegen, dass in Chemnitz eine eigene Baugesetzgebung entwickelt werde und erklärt hierzu, dass in Chemnitz immer neue Beschlüsse über die gesetzlichen For-derungen hinaus gefasst werden.

Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass diese Problematik im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss sicher thematisiert werde. Im Jugendhil-feausschuss aber z. B. sei ihr aufgefallen, dass bei Komplettsanierungen von Kin-dertagesstätten, der Einbau von Personenaufzügen aus Kostengründen immer ab-gelehnt werde. Auch gehe es nicht darum, neue Gesetze zu schaffen, sondern die bestehenden umzusetzen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) benennt die Grundschule Rabenstein als Beispiel für einen Aufzug, der vorbehaltlich eingebaut wurde.

Herr Stadtrat Tietze (Fraktion DIE LINKE) widerspricht und erklärt, dass beim Ausbau der Grundschule Wittgensdorf bis jetzt ein Aufzug fehle.

Herr Stadtrat Ziems (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) stellt den Geschäftsord-nungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Da die Rednerliste beendet ist, erfolgt über den Geschäftsordnungsantrag keine Abstimmung.

Beschluss BA-003/2017

Die Stadtverwaltung Chemnitz wird beauftragt, bei Bauprojekten öffentlicher Ge-bäude verstärkt die Schaffung der Barrierefreiheit sicherzustellen. In Einzelfällen kann darauf verzichtet werden, wenn besonders hohe zusätzliche Kosten (z.B. Denkmalschutz) entgegenstehen. Dies ist dem PBUA gegenüber zu begründen.

Im Fall der externen Vergabe der Planungsleistungen sind durch die Bewerber ein-schlägige Referenzen nachzuweisen.

Analog soll mit von der Stadt geförderten Baumaßnahmen freier Träger der Ju-gendhilfe verfahren werden.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(27 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen,
6 Stimmenthaltungen)**

8.5 Schulnetzplanung
Vorlage: BA-004/2017

Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion DIE LINKE, Fraktion SPD

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Frau Stadträtin Roden (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, dass sich die Geburtenzahlen in den letzten Jahren positiv entwickelt haben und es entsprechend einer neuen Prognose der Schülerzahlen des Statistischen Landesamtes das Schüleraufkommen in den nächsten Jahren unterschätzt wurde und es im Jahr 2025/26 40.000 Grundschüler mehr in Sachsen geben werde. Dies bedeute auch für Chemnitz einen ganz deutlichen Handlungsbedarf. Sie erinnert, dass die letzte Schulnetzplanung für Grundschulen erst nach fünf Jahren fortgeschrieben wurde. Auch eine Überarbeitung der Schulnetzplanung für Gymnasien und Oberschulen sei längst überfällig. Entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag sei der Handlungsbedarf erkannt worden. Dennoch sei der Antrag notwendig, da bisher eine klare Aufstellung durch die Verwaltung gefehlt und das Thema nicht die nötige Aufmerksamkeit erhalten habe. Es sei nicht ausreichend, die Festlegung der Schulbezirke zu überarbeiten, sondern eben auch die Schulnetzplanung. Der Antrag solle ein Startschuss für eine bessere und konstruktivere Zusammenarbeit in der Schulnetzplanung sein. Daher werde eine regelmäßige Berichterstattung im Schul- und Sportausschuss erwartet. Auch werde die Bildung einer Arbeitsgruppe begrüßt, in die auch Lehrer, Schüler und Elternvertreter sowie Vertreter freier Schulen eingebunden werden sollen.

Frau Stadträtin Kempe (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) fragt zur Stellungnahme, ob die Verwaltung tatsächlich unabhängig vom Beschlussantrag eine Überarbeitung der Schulnetzplanung plane. Sie informiert ferner über die Befürchtung von Eltern, dass die Dreizügigkeit der Pablo-Neruda-Grundschule in eine Vierzügigkeit geändert werden solle und fragt, ob dies wirklich geplant sei.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) stellt fest, dass die Fragen zur Schulnetzplanung eine große Bedeutung haben und der Stadtrat zu den Themen Schulen und Bildung fraktionsübergreifend viele Beschlüsse gefasst habe. Nunmehr bemerke man jedoch eine große Unzufriedenheit von Eltern die Schulentwicklung betreffend. Bei den Grundschulen sei die Kapazitätsgrenze erreicht und es werden sämtliche Grundschulen gebraucht. Es gelte ein Signal zu setzen, dass eine weitere Überarbeitung der Schulnetzplanung erforderlich sei, da sich die Bedingungen geändert haben und es viele Ungereimtheiten gebe. Es sei unbedingt erforderlich, stärker als bisher die Eltern durch den Kreiselternerat in die Erarbeitung mit einzubeziehen. Bei der Bearbeitung müsse das neue Schulgesetz mit beachtet und zu den Förderschulen müsse sich ein Standpunkt gebildet werden. Außerdem müssen in die Planung die freien Schulen mit einbezogen werden. Unbedingt müsse auch über den aktuellen tatsächlichen Stand der Sanierungen informiert werden.

Frau Stadträtin Knorr (SPD-Fraktion) sagt, dass ihre Fraktion den Antrag mit eingebracht habe, um für die Zukunft eine ordentliche Planungsgrundlage zu haben. Sie erklärt, dass die Planung aus 2015 bereits auf Zahlen, welche zwei Jahre alt waren, beruhte und sich zwischenzeitlich noch einiges geändert habe.

Herr Stadtrat Zschocke (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) fragt, ob im Zusammenhang mit der Schulnetzplanung auch über das erforderliche Personal nachgedacht werde.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt, dass es sich hier um zwei unterschiedliche Sachverhalte handle, da das Personal beim Freistaat Sachsen eingeordnet sei.

Herr Bürgermeister Rochold erklärt, warum zunächst mit den Grundschulen begonnen werden solle. Die Schulnetzplanung hierfür sei aus dem Jahr 2015 und diese sei aller fünf Jahre anzupassen, es sei denn in diesem Zeitraum machen Änderungen eine frühere Überarbeitung notwendig. Deshalb sei die Verwaltung bereits 2016 tätig geworden. Zu den Oberschulen wurde 2015 ausführlich beraten und daher werde hier im Moment kein Handlungsbedarf gesehen ebenso bei den Gymnasien. Bei den Förderschulen müsse zuerst abgewartet werden, welche Bedarfe überhaupt noch bestehen. Da der Freistaat Sachsen die Zuständigkeit über die berufsbildenden Schulen übernehmen werde, sei auch hier keine neue Planung gerechtfertigt. Zu den Grundschulen führt er weiter aus, dass die Leiter der Einrichtungen 2016 informiert wurden, dass hier die Kapazitäten an den einzelnen Standorten überprüft werden. Es werde mit einem erhöhten Faktor durch die Inklusion gerechnet, was allerdings tatsächlich kommen werde, sei erst mit dem neuen Schulgesetz im April dieses Jahres absehbar. Der Freistaat müsse dann die Schulnetzplanung genehmigen, was auch im Zusammenhang mit der erforderlichen Anzahl von Lehrern in Verbindung zu sehen sei. Er macht deutlich, dass die Schulnetzplanung ein laufender Prozess sei und auch die Schülerbeförderung mit beachtet werden müsse. Zur Frage von Frau Kempe informiert er, dass die beschlossene Schulnetzplanung eine Dreizügigkeit dieser Schule beschlossen habe und die Bildungsagentur nicht ohne Zutun der Stadt eine vierzügige Schule daraus machen könne. Aufgrund der hohen Anmeldezahlen wurde jedoch einmalig eine erste Klasse an dieser Schule mehr aufgenommen, was eine Ausnahme sei.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt fest, dass es einfach losgehen müsse. Ihre Fraktion störe, dass Herr Bürgermeister Rochold immer versuche Argumente zu bringen, die den Prozess aufhalten. Dabei seien die von ihm benannten offenen Fragen de facto entschieden und die Rahmenbedingungen somit klar.

Frau Stadträtin Kempe (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) stellt fest, dass die Verwaltung und die Antragstellung einer Meinung seien und fragt, wozu es dann den Antrag noch benötige. Sie schlägt vor, den Beschlussantrag zurückzuziehen.

Herr Bürgermeister Rochold betont, dass seit 2016 die Schulnetzplanung überarbeitet werde.

Herr Stadtrat Walter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Da die Rednerliste beendet ist, erfolgt über den Geschäftsordnungsantrag keine Abstimmung.

Beschluss BA-004/2017

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Schulnetzplanung fortzuschreiben. Die Vorlage ist dem Stadtrat bis Dezember 2017 vorzulegen. Der Schul- und Sportausschuss ist spätestens ab April, sobald die Anmeldezahlen für die Chemnitzer Schulen vorliegen, in die Erarbeitung miteinzubeziehen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(40 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

- 8.6 Lichtsignalanlagen mit Zusatzeinrichtungen für Menschen mit Blindheit und Sehbehinderung
Vorlage: BA-005/2017 Einreicher: SPD-Fraktion
-

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Frau Stadträtin Knorr (SPD-Fraktion) führt aus, dass in den vergangenen Jahren die Stadt Chemnitz viel unternommen habe, um Menschen mit Behinderungen die Teilhabe am täglichen Leben zu ermöglichen. Trotzdem gebe es noch Handlungsbedarf. So sei ein Großteil der Ampelanlagen mit Signalgebern ausgerüstet, welche aber in der Zeit von 21:00 – 05:00 Uhr ausgeschaltet seien. Daher werde die Verwaltung aufgefordert, bei Neuerrichtung und Erneuerung von Lichtsignalanlagen Zusatzeinrichtungen für Menschen mit Blindheit und Sehbehinderung zu integrieren. Hierbei solle die Frage der Bodenindikatoren mitbetrachtet werden. Der zweite Satz des Antrages solle zunächst nur empfehlenden Charakter haben und das Angebot, dass der Stadtrat bis Jahresende zu den Untersuchungsergebnissen informiert werden solle, werde angenommen.

Beschluss BA-005/2017

Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, bei Neuerrichtung und Erneuerung von Lichtsignalanlagen Zusatzeinrichtungen für Menschen mit Blindheit und Sehbehinderung zu integrieren.

Hierbei ist darauf zu achten, dass sowohl taktile als auch akustische Signalgeber angebracht werden und diese getrennt zu steuern sind.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(31 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

- 9 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte
-

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) fragt zur ständig durch Besucher und Nutzer des Krankenhauses zugewiesenen Wohngebietsstraße gegenüber dem DRK-Krankenhaus an der Unritzstraße, welche Möglichkeiten die Verwaltung sehe, diesem Missstand abzuwehren.

Ferner möchte er zur sanierten Kindertagesstätte „Sportmäuse“ an der Wilhelm-Külz-Straße wissen, bis wann das Außengelände in einen voll umfänglich nutzbaren Zustand entsprechend den Möglichkeiten vor Baubeginn gesetzt werde.

Abschließend erkundigt er sich, welche Möglichkeiten die Verwaltung zur Verkehrsberuhigung und Einhaltung der Tempo- und Tonnagebegrenzung auf der Neukirchner und Jagdschänkenstraße im Ortsteil Stelzendorf plant.

Herr Stadtrat Zschocke (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) fragt, ob es den Tatsachen entspreche, dass Geld eingeplant ist, um die Bestuhlung des Ratssaales zu erneuern.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) möchte wissen, wie viele Asylbewerber derzeit alleine in der Paul-Bertz-Straße in Wohnungen untergebracht sind und warum die Stadt entgegen ihrer eigenen Vorgaben eine Ghettoisierung betreibt und dort Menschen in einer so hohen Konzentration unterbringe.

Weiter fragt er zu einer in der vergangenen Stadtratssitzung beschlossenen Stelle bei der Oberbürgermeisterin, welche noch nicht ausgeschrieben ist, woran das liege und für wann das geplant sei.

- 10 Bestimmung von zwei Stadratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Frau Stadträtin Knorr (SPD-Fraktion) und Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) bestätigt.

23.03.2017 *Barbara Ludwig*
Datum Barbara Ludwig
Vorsitzende
des Stadtrates

30.03.2017 *Knorr*
Datum Knorr
Mitglied
des Stadtrates

30.03.2017 *Kohlmann*
Datum Kohlmann
Mitglied
des Stadtrates

23.03.2017 *Seidel*
Datum Seidel
Schriftführerin